

SEEHEIMER STANDPUNKTE – Stärkung der Sicherheitsstrukturen

Zusammenfassung des Papiers von Dierk Spreen

Ich möchte das sicherheitspolitische Grundsatzpapier des *Seeheimer Kreises*, das vom Februar dieses Jahres datiert und damit hochaktuell ist, in kurzen Worten zusammenfassen und etwas einordnen.

Zusammenfassen kann man dieses Papier unter folgender **Leitidee**: Sicherheit vor Gewaltbedrohungen ist die grundsätzliche Voraussetzung für soziales Leben, insbesondere für die individuelle sowie kollektive Selbstbestimmung (»Freiheit braucht Sicherheit«).

Diese Leitidee ist deshalb so wichtig, weil sie ein Primat setzt und nicht herumschwurbelt.

Gewaltbedrohungen werden hiermit nicht als abhängige Variable verstanden, also als ein Risiko, das man *by the way* bekämpfen kann, indem man etwa Sozialsysteme verbessert, Präventionsmaßnahmen stärkt oder Entwicklung fördert. Vielmehr wird Ordnungssicherheit als Bedingung der Möglichkeit vernünftiger Sozialpolitik begriffen. Dem liegt ein **realistisches Menschenbild** zu Grunde.

Der **Unterschied zu Positionen auf der rechten Seite** des politischen Spektrums wird gleich zu Anfang formuliert: Ordnung ist kein Wert an sich, sondern Bedingung der Möglichkeit für die dauerhafte Perspektive, auf ein freies, sicheres und selbstbestimmtes Leben der Menschen.

Anlass des Papiers ist eine **dreifache Analyse**: Erstens eine erweiterte Gefahrenlage inklusive globaler Dimension. Zweitens ein Abbau des Sicherheitsapparates, der als kritisch empfunden wird. Und drittens ein wachsendes Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung als Summe dieser beiden Elemente.

Erklärt wird das Zurückfahren der Ausgaben für innere und äußere Sicherheit in den letzten Jahrzehnten mit der Erwartung einer **Friedensdividende**, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eingestellt habe.

Der Konjunktiv zeigt schon an, dass das in meinen Ohren eher nach einer Entschuldigung und nicht nach einer überzeugenden Erklärung klingt. Aber wichtig erscheint mir, dass das jetzt gesehen wird. Vor 5 oder 10 Jahren wäre es wohl undenkbar gewesen, so ein Papier zu schreiben, obwohl es auch damals schon genauso richtig gewesen wäre. Das Papier spart aber nicht mit selbstkritischen Hinweisen und fordert offensiv die »**Trendumkehr**«. Insbesondere fordert es auch eine »Rücknahme der Privatisierung von Sicherheit«. Hier ist eine kleine inhaltliche Unsicherheit, denn kurz danach wird lediglich die »Ausweitung der Beauftragung privater Sicherheitsunternehmen« abgelehnt (S. 4).

Das Papier stellt heraus, dass »Sicherheit und Ordnung« auch in der engeren sicherheitspolitischen Perspektive **sozialdemokratische Kernthemen** sind. Die Zuordnung, dass das CDU-Themen seien und Sozialdemokratie für soziale Gerechtigkeit zuständig sei, wird damit bestritten. Gerade wenn man sich mit der Bundeswehr befasst, wird man nicht umhin können, die sozialdemokratische Spur zu erkennen: Innere Führung, akademische Offiziersausbildung, Integration der Soldatinnen und Soldaten in die Gesellschaft, Zugang der Gewerkschaften zum Militär – das alles zeigt die sozialdemokratische Handschrift.

Zudem wird – das ist ebenfalls ein Unterschied zum rechten Sicherheitsdiskurs und zur Logik der *Securitization* (=Regieren mit dem permanenten Ausnahmezustand) – darauf hingewiesen, dass es nicht um Gesetzesverschärfungen gehen könne. Vielmehr wird ein »**Vollzugsproblem**« diagnostiziert.

Wenn ich mal soziologisch werden darf, auf Seite 2 findet sich eine klassische **Anomie-Diagnose**: Die Normen sind vorhanden, aber ihre Geltung steht in Frage. Diese Durchsetzungs- oder Geltungslücke ermöglicht den Einfluss konkurrierender Werte- und Regelsysteme (andere Herkunftskulturen, politischer Extremismus, kriminelle Subkulturen), so dass eine grundsätzliche Normunsicherheit in der Gesellschaft entsteht (Unterschied zum konservativen Topos des Werteverfalls).

Der Verweis auf die Geltungslücke ist nicht nur Problemdiagnose, sondern auch Hinweis auf die Lösung. Das **Problem wird bei den Behörden gesehen**. Und hier sind mehrere Dimensionen wichtig:

1. Personalbestand,
2. sachlich-technische Ausstattung,
3. Kommunikation und Vernetzung,
4. gesellschaftliche Anerkennung sowie ergänzend
5. parlamentarische Kontrolle.

Ein Einsatz der **Bundeswehr im Innern** wird »kategorisch« abgelehnt. Das passt zur Analyse, weil ein Hintergedanke für diese Diskussion natürlich auch ein fiskalischer ist. Kritisch möchte ich anmerken, dass mit der Verwischung zwischen innerer und äußerer Sicherheit (Sicherheit ist ein globales Menschheitsproblem) und der Militarisierung von Bedrohungen auf der Bühne der inneren Sicherheit neue Probleme auftauchen. Mindestens eine Erweiterung der polizeilichen Fähigkeiten steht damit auf der Tagesordnung (Stichwort »Gendarmerie«).

Dann werden im Einzelnen die Behörden durchgegangen und konkrete Verbesserungsvorschläge gemacht. Das sind: die Bundespolizei, das BKA, der Zoll, die Nachrichtendienste, die Bundeswehr, die Justiz. Das Technische Hilfswerk (Katastrophenschutz) wird zwar erwähnt (S. 2) aber nicht gesondert diskutiert. Auch über eine ja immerhin andenkbare Unterstützung der Länder (Polizei, Verfassungsschutz, Ordnungsämter, auch: Schulen!) habe ich nichts gefunden,

obwohl dies unter Kommunikationsgesichtspunkten von erheblicher Bedeutung ist und hier die Ebene der *grassroot*-Sicherheit anzusiedeln ist.

Im Fazit wird noch einmal eine innenpolitische Einordnung vorgenommen, die auch zur Anlassanalyse zu rechnen ist. Es wird auf die **AfD** verwiesen und auf die Bedrohung durch ihren **Sicherheitspopulismus** aufmerksam gemacht. Das kann sich m.E. nicht nur in ärgerlichen Wahlergebnissen niederschlagen, sondern hat durchaus selbst die Dimension einer Systembedrohung.

Insgesamt zeigt das Papier eine klare sicherheitspolitische Kante. Zitat: »Organisierter Kriminalität jeglicher Couleur darf kein Raum zur Entfaltung gelassen werden, Terrorismus – ob rechts, links oder religiös motiviert – muss bereits in seinen Ursprüngen mit aller Kraft bekämpft werden.«

Das Seeheimer Papier, das ja einen ersten Wurf in das sicherheitspolitische Problemfeld wagt, sollte ausgearbeitet werden. Dabei wäre natürlich auch der Präventionsgedanke stärker einzubinden (etwa in der Art, wie das im Leitantrag zum Wahlprogramm der SPD Berlin der Fall ist). Gleichzeitig muss klar sein: Prävention allein genügt nicht, weil Normen nur dann gelten, wenn hinter ihnen auch Sanktionsmacht steht.